



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 18.12.2018

Ort:	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Klingmüller, Charlotte
Konstandin, Angelika
Kunzmann, Reiner
Lüthje-Lenhardt, Monika
Möller, Eva
Niebel, Karl-Peter
Rahn, Klaus-Helimar
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Schaier, Barbara
Schneider, Birgit
Vogel, Roland
Vogt, Thomas

Schriftführer/in:

Härer, Roland

Verwaltung:

Knobloch, Günter
Kröner, Wolfgang
Müller, Rüdiger
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen



1. Ordnungsgemäße Einladung erfolgte am 10.12.2018.
2. Ortsübliche Bekanntgabe im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 13.12.2018.
3. Beschlussfähigkeit war gegeben, da 23 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als Urkundspersonen wurden bestimmt:
Gemeinderat Kunzmann
Gemeinderat Dr. Vogel



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebs Wasserversorgung der Gemeinde Pfinztal
Beratung und Feststellung des Ergebnisses des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017 **BV/241/2018**
3. Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Pfinztal
Beratung und Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2017 **BV/242/2018**
4. Ergänzung der Vereinsförderrichtlinien
- Beratung und Beschlussfassung **BV/245/2018/1**
5. Antrag auf besonderer Investitionszuschuss des TSV Berghausen
a) Erneuerung der Basketballanlage
b) Bezuschussung eines neuen Hallenboden **BV/219/2018/1**
6. Antrag besonderer Investitionszuschuss FC Viktoria 06 Berghausen e.V.
für Erneuerung eines Rasenspielfeldes
- Beratung und Beschlussfassung **BV/243/2018/1**
7. Eigenbetrieb Abwasser
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019
- Beratung und Beschlussfassung **BV/225/2018/1**
8. Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung 2019
- Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
- Beratung und Beschlussfassung
- Satzungsbeschluss **BV/223/2018/1**
9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnen am Kaltenberg" mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen
- Genehmigung des Durchführungsvertrags **BV/008/2018/3**
10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnen am Kaltenberg" mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- Beratung und Entscheidung **BV/008/2018/4**
11. Energiebericht 2017 **BV/229/2018**
12. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/251/2018**
13. Mitteilungen der Bürgermeisterin
14. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium



-
15. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner lässt die Zuhörer wissen, dass an dieser Stelle Wortmeldungen möglich sind. Am Ende der Sitzung gebe es diese Möglichkeit nochmals. Sie stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

2. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebs Wasserversorgung der Gemeinde Pfinztal Beratung und Feststellung des Ergebnisses des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2017

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Steuerberater Bäuerle zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie bittet Herrn Sturm um den Sachvortrag.

Herr Sturm beginnt mit der Information, dass das Wirtschaftsjahr 2017 erfreulicherweise gut ausgefallen ist. Die Eigenkapitalausstattung sei zum 31.12.2017 mit 19,26 % festgestellt worden; sie liege aber immer noch unter der geforderten Quote der Finanzbehörden von 30 %. Der Eigenbetrieb schließe das Wirtschaftsjahr mit einem Gewinn in Höhe von 120.208,13 € ab. Der Gewinn soll zur Tilgung des Verlustvortrags aus Vorjahren verwendet werden, der noch eine Höhe von 143.258 € aufweise. Aus der Mengenstatistik sei zu ersehen, dass der Verbrauch 2017 angestiegen ist und man etwa 804.000 m³ Wasser verkauft hat. Die rechnerischen Wasserverluste 2017 lägen nur noch bei einem Wert von 6,83 %, wofür den Mitarbeitern im Eigenbetrieb ein Dank zu sagen sei.

Herr Bäuerle macht weitere Ausführungen. Der Jahresgewinn sowie das Thema der Wasserverluste seien erfreuliche Zahlen. Nach der Mengenstatistik habe man lediglich einen Wasserverlust von 0,93 % zu verzeichnen. Dies sei ein extrem guter Wert, wobei sicherlich nicht jeder Kubikmeter in die Berechnung einfließen kann. Zu bedenken sei, dass im Jahr 2017 561.000 € investiert wurden. Davon seien allein 326.000 € in die Anlagen im Bau geflossen. Es handle sich dabei um Maßnahmen, die noch nicht abgeschlossen sind und folglich auch noch nicht in die Abschreibungen einfließen. Hierzu gehöre insbesondere die Wasserversorgungsleitung in der Pforzheimer Straße mit rund 193.000 €. Im Wirtschaftsjahr 2018 werde man diese Kosten in die Abschreibungen übernehmen können. Eine wichtige Größe sei noch der Deckungsmittelfehlbetrag zum Jahresende. Dieser habe 857.000 € betragen und sei im Wirtschaftsjahr bedingt durch die hohen Investitionen und die Darlehenstilgungen trotz der Gewinnerzielung angestiegen.

Gemeinderat Vogt nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Sitzung teil.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sei bei der Einnahmesituation ein deutlicher Anstieg von 1,9 auf 2,1 Mio. € zu verzeichnen, was das gute Jahresergebnis bedinge. Weil man noch einen Verlustvortrag vorweise, seien bisher noch keine Ertragssteuern trotz des Jahresgewinns angefallen. Solange dieser Verlustvortrag noch nicht aufgebraucht sei, würden sich keine Körperschaftssteuer oder Gewerbesteuer ergeben.

Gemeinderätin Eisenbusch spricht einen Dank an Herrn Sturm für die vorgelegten Zahlen aus. Sie verweist auf einen Fehler im Lagebericht des Eigenbetriebs, wonach ein Verlust von 120.000 € zu verzeichnen sei. Dies sei natürlich eine falsche Aussage und habe sie ins Grübeln gebracht angesichts der Tatsache, dass man den Wasserpreis angehoben hat. Die



Tatsache, dass es sich aber um einen Gewinn in Höhe von 120.000 handelt sei eine Freude, dies müsse aber auch richtig dargestellt werden. Dass man den Wasserpreis angehoben hat, sei eine richtige Entscheidung gewesen, denn man dürfe sich kein neuerliches negatives Betriebsergebnis erlauben. Mit dem Betrag von 120.000 € könne man nun den Verlustvortrag aus Vorjahren weiter abbauen. Während in der Vorlage von einem Verlustvortrag von 143.000 € die Rede sei, habe in der Vorlage zur Sitzung des Finanzausschusses noch ein Betrag von 169.000 € gestanden. Sie bitte um Aufklärung, welche Zahl die richtige ist.

Herr Sturm informiert, die Zahl in der aktuellen Vorlage mit 143.000 € Verlustvortrag sei korrekt.

Gemeinderätin Elsenbusch weist darauf hin, dass die Verwaltung auch für das Jahr 2019 von einem Gewinn in Höhe von 120.000 € ausgeht und man es somit schaffen wird, von den hohen Verlusten herunter zu kommen. Tatsächlich soll der Eigenbetrieb nur kostendeckend arbeiten. Es sei für zukünftige Generationen nicht gut, wenn jetzt Verluste aufgetürmt werden. Aus den eigentlichen Zahlen sei zu entnehmen, dass man 2017 einen deutlich geringeren Fremdwasserbezug hatte. Dies sei erfreulich und vielleicht der Tatsache geschuldet, dass die Wöschbacher Quelle nicht ausgefallen ist. Aufgefallen sei ihrer Fraktion in der Beratung, dass ein sehr niedriger Wasserverlust zu verzeichnen war. Wenn dies so bleiben würde, wäre das eine phantastische Entwicklung. Nichtsdestotrotz wolle sie auch darauf hinweisen, dass der Eigenbetrieb eine Schuldenlast von ca. 5 Mio. € aufweist und die jährliche Belastung für Zins und Tilgung sich auf etwa eine halbe Million Euro beläuft. Dadurch, dass 2017 ein gutes Jahr war und man einige Investitionen nicht vorgenommen hat, habe man keine neuen Kredite benötigt, was zusammengefasst als positiv zu werten sei. Zusammenfassend sei man der Meinung, dass die Entwicklung durchaus so weitergehen könne.

Von **Herrn Bäuerle** wird bestätigt, dass die Schuldenlast bei etwa 5 Mio. € und die Belastung für Zins und Tilgung bei etwa 500.000 € liegt.

Gemeinderat Kirchenbauer berichtet, auch seine Fraktion habe den Jahresabschluss durchgesehen. Dabei seien seiner Fraktion einige Punkte aufgefallen. Zum einen sei dies die verkaufte Wassermenge mit 859.611 m³, was einen absoluten Verkaufsrekord darstellt. Er erinnert daran, dass man bei der Kalkulation für den Wasserpreis in der Novembersitzung noch von einer Verkaufsmenge von 770.000 m³ ausgegangen ist. Das Ergebnis zeige auf, dass man deutlich über dieser kalkulierten Wassermenge liegt. Bei einem Wasserpreis von 2,40 €/m³ habe man Einnahmen von etwa 2 Mio. € generieren können. Die Verluste aus Vorjahren habe man deutlich von 290.000 € auf jetzt 143.000 € reduzieren können. Festzustellen sei, dass das geprüfte Ergebnis des Jahresabschlusses bereits am 13.11.2018 vorlag, also vor der Gemeinderatssitzung im November, in der man den Wasserpreis für 2019 beschlossen hat. Er sei der Meinung, dass erst nach Vorlage des Ergebnisses des Vorjahres über den Wasserpreis beraten und beschlossen werden sollte. Aus den Zahlen sehe man deutlich, dass die vorgetragenen Prognosen seiner Fraktion eingetreten sind und man deutlich mehr als 800.000 m³ Wasser verkauft hat. Bei einem gleichen Wasserpreis und einem gegenüber der Kalkulation höheren Verbrauch dürfe man 2018 einen Jahresgewinn von etwa 200.000 € erwarten. Dies sei in der Kalkulation für den Wasserpreis so allerdings nicht dargestellt. Den Verlust aus Vorjahren könne man insofern also nicht nur ausgleichen, sondern man dürfe einen kleinen Gewinn von etwa 50.000 € erwarten. Nach dem Beschluss des Gemeinderats soll 2019 der Wasserpreis weiterhin bei 2,50 €/m³ liegen. Dies lasse einen Gewinn von 300.000 € erwarten und werde dazu führen, dass man einerseits Körperschaftssteuer abführen und andererseits dem Gebührenzahler den Gewinn zurückgeben muss.

Herr Bäuerle informiert, dass der körperschaftssteuerliche Verlust Ende 2017 bei 143.000 € gelegen ist. Erst wenn dieser aufgebraucht sei entstehe Körperschaftssteuer.



Gemeinderat Kirchenbauer meint, im Februar sollte absehbar sein, welche Wassermenge 2018 verkauft wurde. Er gehe davon aus, dass dies sicherlich die gleiche Menge wie 2017 ist. Insofern werde der Gemeinderat wohl Ende 2019 eine Reduzierung der Wassergebühr auf 2,30 €/m³ oder bei noch höherer Nachfrage sogar auf 2,20 €/m³ zu beschließen haben. Dies bringe aber den Betrieb nicht weiter, weil man 2019 noch den Wasserpreis von 2,50 €/m³ haben wird. Dann werden aber so viele Gewinne vorhanden sein, dass man über die Reduzierung des Wasserpreises sprechen müsse. Abschließend teilt er die Zustimmung seiner Fraktion zum Jahresabschluss 2017 mit. Man bedanke sich bei den Mitarbeitern des Eigenbetriebs für die geleistete Arbeit.

Gemeinderat Dr. Rahn lässt wissen, er teile die Einschätzung, wonach ein positiver und erfreulicher Jahresabschluss erzielt wurde. Er teile allerdings nicht die optimistische Einschätzung, dass man mit größeren Überschüssen rechnen kann. Er fürchte vielmehr, dass zwar die Einnahmen positiv bleiben werden, andererseits aber bei den Ausgaben Steigerungen zu erwarten sind. Er sei auf jeden Fall nicht so optimistisch gestimmt, dass Gebührenreduzierungen möglich sind. Kritisch seien außerdem die angehäuften fünf Millionen Euro Schulden, was er als strukturelles Defizit bezeichnet. Die Frage sei zu stellen, woran dies liege und was man dagegen tun könne. Auf jeden Fall sei der Schuldenstand als bedenklich zu bezeichnen.

Herr Bäuerle gibt Dr. Rahn Recht, wonach der Schuldenstand bei fünf Millionen Euro liegt. Dem würden in der Bilanz aber sieben Millionen Euro Anlagevermögen gegenüberstehen. Eine Maßnahme zur Verbesserung des Schuldenstandes sei die Tilgung. Im vorliegenden Fall sei dies allerdings etwas differenzierter zu betrachten, weil man eine gewisse Deckungsmittellogik hat. Grundsätzlich seien die fünf Millionen Schulden aber nicht beunruhigend.

Gemeinderat Rothweiler bittet um Auskunft, wie und wann die Eigenkapitalausstattung von 26 oder 30 % erreicht wird. Er bitte um Mitteilung, wie die Verwaltung vorzugehen gedenke.

Herr Bäuerle erläutert, Ende 2017 habe die Quote 19,26 % betragen. Hinter der Berechnung stecke eine steuerliche Berechnungslogik. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote könne durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden wie zum Beispiel durch Gewinnerzielung. Denkbar sei auch eine Kapitalzuführung durch die Gemeinde. Es gebe die drei Möglichkeiten der Stammkapitalerhöhung, der Rücklagenerhöhung oder der Gewinnerzielung.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Der Gemeinderat fasst danach folgenden **einstimmigen Beschluss**:

Der Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebs „Wasserversorgung“ wird in der vorgelegten Form vom Gemeinderat festgestellt. Der Jahresgewinn wird zur Tilgung des Verlustvortrags verwendet.

3. Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Pfinztal Beratung und Feststellung des Ergebnisses der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2017

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Sturm um den Sachvortrag.

Herr Sturm bringt zum Ausdruck, aus Sicht des Kämmers sei der Jahresabschluss 2017 sehr erfreulich. Geplant habe man eine Zuführung in den Vermögenshaushalt von 1,6 Mio. €, herausgekommen sei eine Zuführung von beinahe 5 Mio. €, was einer Mehrzuführung von



3,4 Mio. € entspricht. Veranschlagt habe man im Verwaltungshaushalt einen Etat von 43.441.200 Mio. € und im Vermögenshaushalt von 9.597.000 €. Das Jahresergebnis schließe mit 47.093.798,09 € im Verwaltungshaushalt und 6.397.347,12 € im Vermögenshaushalt ab. Wesentliche Abweichungen gab es beim Kindergartenlastenausgleich. Hier sei der Zuschuss um 460.000 € zurückgegangen, was sich negativ auf die Ausgaben ausgewirkt habe, weil man weniger Geld zur Verteilung an die Träger zur Verfügung hatte. Der Haushaltstitel der Zuschüsse wurde deshalb um 522.000 € überschritten. Die Gemeinde sei im Prinzip auf diesem fehlenden Geld sitzen geblieben. Auf der Einnahmenseite habe man bei der Gewerbesteuer etwas zulegen können, wo ein Betrag von 4,6 Mio. € verbucht werden konnte. Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen sei man ebenfalls im Plus gewesen, was Mehreinnahmen von zusammen 1,6 Mio. € entsprochen hat. Die Netto-Investitionsrate betrage 4,4 Mio. € bzw. 244 € pro Einwohner. Zu Buche schlugen auf der Ausgabenseite die Umlagen mit rund 13 Mio. €, was einem Anteil von 27 % der Gesamtausgaben entspricht. Die Deckungsgrade der kostenrechnenden Einrichtungen seien teilweise als gut zu bezeichnen, teilweise auch als verbesserungsbedürftig. Im Bestattungswesen liege man nach der Gebührenerhöhung nun bei 47 %, was er als erfreulich bezeichnet. Auch bei der Abwasserbeseitigung habe man einen Überschuss erwirtschaftet von rund 360.000 €. In den Sammelnachweisen habe man bei den Personalausgaben rund 75.000 € geringere Ausgaben gehabt, bei der Unterhaltung dafür ein Mehr von 140.000 €, bei der Bewirtschaftung Wenigerausgaben von 45.000 € und bei den Geschäftsausgaben ein Plus von 35.000 €. Das Ergebnis bei den Darlehenszinsen sei bei 571.000 € gelegen. Im Vermögenshaushalt sei die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt maßgeblich für den Ausgleich gewesen. Einen zusätzlichen Kredit habe man nicht aufnehmen müssen und den Rücklagen eine Zuführung ermöglichen können. Der Rücklagenstand lag danach bei 4,3 Mio. €.

Gemeinderat Dr. Vogel trägt vor, die Jahresrechnung sei der in Zahlen gegossene Tätigkeitsnachweis der Verwaltung. Es habe Mehreinnahmen von 3,3 Mio. € bei einer Punktlandung bei den Ausgaben gegeben. Dieses Ergebnis sei sehr schön. Er wolle trotzdem drei Punkte bei den Einnahmen aufgreifen. Dies seien die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Einnahmeplus, worauf man allerdings als Gemeinde keinen Einfluss habe. Beim dritten Punkt handle es sich um den Zuschuss Kindergartenlastenausgleich. Hier habe man Wenigereinnahmen von 460.000 € aufgrund einer niedrigeren Förderung durch das Land; dieses saniere sich quasi auf Kosten der Gemeinden. Zur Struktur der Einnahmen wolle er auch noch die beiden folgenden Punkte ansprechen. Die Deckungsgrade könne man teilweise als gut, manchmal als schlecht, aber manchmal auch als katastrophal bezeichnen. Dies sei allerdings politisch so gewollt. Alarmierender sei die Tatsache, dass die Grundsteuer sowie die Gewerbesteuer zusammen nur einen Anteil von 13,7 % der Einnahmen ausmachen. Man hänge also sehr am Tropf der übergeordneten Staatsebene. Positiv sei die sich ergebende Zuführung zum Vermögenshaushalt von 5 Mio., dies könnte immer so sein. Dies bedeute, dass der Vermögenshaushalt zu 78,11 % durch die Zuführung finanziert wird. Die Zuführungsrate sei eine wichtige Kennzahl in der Kameralistik; sobald die Doppik eingeführt sei, werde man sie nicht mehr haben. Wichtig sei auch, dass anstatt einer vorgesehenen Kreditaufnahme von 3,6 Mio. € keine Schuldenaufnahme nötig war. Bei einer gleichzeitigen Tilgung bedeute dies sinkende Schulden, was der CDU-Fraktion ein wichtiger Aspekt sei. Wie bereits gehört stieg die Rücklage auf 4,3 Mio. € an, dieses Geld könne man brauchen. Die vorgelegte Jahresrechnung nehme seine Fraktion zum Anlass, der Verwaltung für die geleistete Arbeit im Jahr 2017 zu danken. Dies sei natürlich etwas unlogisch, weil das Jahr 2018 auch kurz vor seinem Ende steht. Seine Fraktion stimme der Feststellung der Jahresrechnung zu.

Gemeinderätin Elsenbusch teilt mit, sie wolle ihre Stellungnahme mit einigen Fragen beginnen. Allerdings habe Herr Sturm die wichtigste Zahl bereits bekanntgegeben. Sie habe den Zahlen bezüglich des Kindergartenlastenausgleichs zunächst nicht getraut, weil hier ein Minus von etwa 500.000 € zu verzeichnen war. Dies halte sie für eine Frechheit, weil es eine



wichtige Aufgabe sei, die Gemeinde mit ausreichend Kindergartenplätzen auszustatten. Es könne nicht sein, weil die Gemeinden einerseits angehalten werden zur Bereitstellung von Plätzen, aber andererseits solche Streichungen vorgenommen werden. Man müsse sich fragen, wie die Gemeinde dies alles bezahlen soll. Pfinztal habe sein Betreuungsangebot ausgebaut und 452.000 € mehr ausgegeben, was man auch brauche, wenn man eine attraktive Gemeinde sein will. Ihre Frage, ob es sich um einen Schreibfehler handelt, sei also bereits beantwortet. Ihre nächste Frage beziehe sich auf die Deckungsgrade. Sie habe festgestellt, dass es bei den Hortbetreuungen an den Grundschulen Kleinsteinbach und Wöschbach große Unterschiede beim Deckungsgrad gibt. Während der Deckungsgrad für Kleinsteinbach bei 30 % liege seien dies in Wöschbach 53 %. Sie bitte um Mitteilung des Grundes für diesen Unterschied.

Herr Sturm erklärt, wenn man einen Blick auf die Einnahmen richte könne man die Auslastung der jeweiligen Einrichtung erkennen. In Wöschbach habe es eine größere Auslastung gegeben und andererseits auch eine andere Ausgabensituation hinsichtlich der Personalkosten, was der Altersstruktur der Erzieherinnen geschuldet sei. Dies wirke sich auf die Kosten aus. Er merkt an, dass man in Berghausen im Sommer 2017 eine fünfte Gruppe kurzfristig aufgemacht hat, was bei den Ausgaben zu einer leichten Überschreitung geführt hat. Anhand der Auslastung könne man auch zwischen Berghausen und Söllingen erkennen, dass es unterschiedliche Angebotsformen gibt. Auf jeden Fall sei zu erkennen, dass das Betreuungsmanagement sehr filigran ist.

Gemeinderätin Eisenbusch verweist bei den Deckungsgraden auf den Unterschied zwischen dem Gemeindekindergarten Berghausen mit 29 % und der Kinderkrippe in der gleichen Einrichtung mit 77 %. Anhand dieser Zahlen könne man schön erkennen, wie unterschiedlich das Land die Einrichtungen fördert. Sie will wissen, womit diese unterschiedliche Förderung begründet wird. Um bei den Deckungsgraden eine Verbesserung zu erreichen, müssten im Kindergartenbereich die Gebühren wesentlich erhöht werden. Eine weitere Frage beziehe sich auf Seite 16 der Jahresrechnung zum Sammelnachweis für die Unterhaltung der Grundstücke und Anlagen. Hier seien die Kosten ganz ordentlich nach oben gegangen. Geplant habe man mit 583.000 €, der Abschluss liege bei 725.000 €. Mit der bisherigen Antwort der Verwaltung sei man nicht einverstanden, der Grund könne nicht nur bei den Außenanlagen liegen. Sie bitte um Mitteilung, welche Gründe die Unterhaltung so verteuert haben. Die eingetretene Steigerung sei auf jeden Fall nicht als normal zu bezeichnen. Generell könne sie sich zum Jahresabschluss ihrem Vorredner anschließen. Es sei ein positives Jahr gewesen mit positiven Mehreinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Diese Mehreinnahmen von 1,1 Mio. € finde man sehr positiv, natürlich auch alle anderen positiven Entwicklungen. Positiv habe man auch aufgenommen, dass keine Kreditaufnahme nötig war und die Rücklage eine grandiose Zuführung erhalten hat. Hier müsse man aber auch sehen, dass viele geplante Investitionen auf 2018 übertragen wurden. Diese Verschiebung hole die Gemeinde im Jahr 2019 ein. Abschließend bringt sie zum Ausdruck, dass man trotz der positiven Entwicklung den Schuldenstand mit 13,6 Mio. € für zu hoch hält.

Gemeinderat Dr. Rahn bestätigt ebenfalls, dass 2017 ein erfreuliches Ergebnis erzielt wurde. Dieses sollte aber nicht überbewertet werden und man sollte auch nicht übermütig sein, weil manche Ausgaben auf jeden Fall im Jahr 2017 hätten erfolgen müssen. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde zusätzlich außerhalb des Haushalts noch über erhebliche Schulden verfügt.

Bürgermeisterin Bodner meint, mit dem Ergebnis könne man zunächst einmal zufrieden sein. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt sie folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt dafür, dass die Jahresrechnung 2017 gemäß § 95 Abs. 2 Gemeindeordnung in der vorgelegten Form festgestellt wird?“



Abstimmung:

Einstimmige Zustimmung

4. Ergänzung der Vereinsförderrichtlinien - Beratung und Beschlussfassung

Herr Sturm macht zum Sachverhalt folgende Ausführungen:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 13.11.2018 über den Antrag auf Vereinszuschuss des TSV Berghausen für die Sanierung des Hallenbodens und der Erneuerung der Basketballanlage in der TSV Halle diskutiert. Der Verein beantragte einen Zuschuss von 30% für den Hallenboden und 20 % für die Erneuerung der Basketballanlage. Begründet werde dies damit, dass die Halle auch für den Schulsport genutzt wird. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoll wäre, in diesem Zusammenhang die Vereinsförderrichtlinien zu ergänzen. Die Verwaltung habe einen entsprechenden Formulierungsvorschlag bis zur Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11.12.2018 erarbeitet. Der Ausschuss sei den ersten beiden Punkten gefolgt, habe aber beim dritten Punkt Ergänzungen vorgenommen. Die Vereinsförderrichtlinien könnten nun wie folgt ergänzt werden:

Abweichend zu § 2 g „Normaler Investitionszuschuss“ (10% bei Bauinvestitionen gedeckelt auf 2.500 €) kann die Gemeinde den Vereinen Zuschüsse zu einzelnen größeren Umbau-, Sanierungs- oder Erweiterungsmaßnahmen von vereinseigenen Gebäuden und Anlagen gewähren. Unter größeren Umbau-, Sanierungs- oder Erweiterungsmaßnahmen von vereinseigenen Gebäuden und Anlagen fallen Investitionen ab 25.000 €. Diese werden mit 10 % bezuschusst.

Soweit die Bezuschussung auch durch den Badischen Sportbund oder einer anderen Dachorganisation erfolgt, ist eine Abschrift dieses Antrages und der Bewilligungsbescheid als Nachweis über die anerkannte Bausumme vorzulegen. Die Zuschusshöhe errechnet sich aus den Baukosten abzüglich dieser Zuschüsse von Dritten.

Vereine, deren vereinseigene Gebäude und Anlagen für den Schulsport genutzt werden, können einen höheren Zuschuss entsprechend der Belegung durch den Schulsport bis maximal 30 % erhalten. Bemessungsgrundlage sind die Belegungspläne der Schulen. Aufwendungen, die bereits über die Miete abgedeckt sind, werden hiervon abgezogen.

Gemeinderätin Konstandin informiert, ihre Fraktion begrüße es, dass Vereine, die größere Investitionen vorzunehmen haben, einen erhöhten Zuschuss erhalten können. Als Anregung trage man vor, dass die Vereine die Zuschussbeantragung vor der eigentlichen Investition vornehmen sollten, wie sie dies bereits gegenüber ihren übergeordneten Verbänden tun. Dies sollte zumindest für die Zukunft so gehandhabt werden, für die vorliegenden Anträge gelte dies noch nicht.

Gemeinderat Rendes meint, man habe eine gute Lösung gefunden. Die Vereine bräuchten eine klare Transparenz, die Richtlinien müssten klar definiert sein. Dem Vorschlag der Verwaltung stimme die CDU-Fraktion zu.

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Sie stellt dem Gremium folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt der Ergänzung der Vereinsförderrichtlinien gemäß dem vorgetragenen Vorschlag zu?“



Sportbund habe der Verein aus staatlichen Mitteln eine Förderung von 57.000 € erhalten. Für den Verein bleibe somit eine finanzielle Belastung von 158.598,58 €, er bitte die Gemeinde um eine Sonderbezuschung. Nach den geänderten Förderrichtlinien der Gemeinde könnten Vereine für Investitionen einen Zuschuss von 10 % erhalten, was bisher auf 2.500 € gedeckelt war. Die geänderte Richtlinie entspreche nun einer Zuschusshöhe von gerundet 16.000 €. Die Verwaltung spreche die Empfehlung aus, einen Zuschuss in dieser Höhe zu gewähren.

Gemeinderätin Konstandin teilt die Zustimmung der SPD-Fraktion mit. Es handle sich bei der Sportplatzerneuerung um eine Investition, die wirklich nur alle zehn bis 15 Jahre ansteht. Wenn man wisse, wie eng die Vereine haushalten müssen und wie wenig Geld diesen zur Verfügung steht, dann seien die bisher möglichen 2.500 € Zuschuss bei einer Investition von etwa 160.000 € nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die möglichen 16.000 € seien nun zumindest fünf Tropfen auf den heißen Stein.

Gemeinderat Gegenheimer informiert, analog zum vorhergegangenen Tagesordnungspunkt stimme die CDU-Fraktion auch dem vorgeschlagenen Zuschuss für das Rasenspielfeld zu. Jeder Fußballverein könne froh sein, ein neues Rasenspielfeld zu erhalten.

Auch von **Gemeinderat Herb** wird die Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag signalisiert.

Gemeinderat Kunzmann lässt wissen, er wolle zwei allgemeingültige Sätze hinzufügen. Die Gemeinde habe riesige Ausgaben im Haushalt veranschlagt, die als Pflichtaufgaben zu werten sind. Bei den beiden Vereinen geschehe die Bezuschung auf freiwilliger Basis. Obwohl die Gemeinde eine wahnsinnige finanzielle Last drücke sei es ein Wunsch, die Vereine größtmöglich zu unterstützen. Er habe die Bitte, diese Information an die Vereine weiterzugeben.

Bürgermeisterin Bodner will danach wissen, wer dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmt, wonach der Verein einen Sonderzuschuss von 16.000 € für die Erneuerung des Rasenspielfelds erhält.

Sie stellt nach Zählung der Handzeichen eine einstimmige Zustimmung fest.

7. Eigenbetrieb Abwasser Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Sturm um den Sachvortrag.

Herr Sturm stellt einleitend fest, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Anträge der Fraktionen eingegangen sind. Das Zahlenwerk habe die Verwaltung bereits bei der Einbringung am 27.11.2018 vorgestellt; bis zur heutigen Sitzung habe sich an den Zahlen nichts mehr geändert.

Gemeinderätin Schneider nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Beratung teil

Er informiert, dass der Erfolgsplan Ansätze von jeweils 2,73 Mio. € in Ertrag und Aufwand beinhalte. Man gehe auf der Ertragsseite mit Erlösen von 2,2 Mio. € aus der Abwassergebühr aus. Die Abschreibungen würden auf der Aufwandseite mit 690.000 € zu Buche schlagen. Im Ergebnis gehe man davon aus, dass kein Jahresgewinn erzielt wird. Im Vermögensplan gehe man von Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 4.021.000 € aus. Sofern alle Maßnahmen



8. Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung 2019
- Nachtragshaushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
- Beratung und Beschlussfassung
- Satzungsbeschluss

Bürgermeisterin Bodner informiert, man habe sich im Ältestenrat darauf verständigt, heute keine großen Haushaltsreden halten zu wollen. Den Doppelhaushalt habe man insbesondere wegen der Einführung der Doppik aufstellen müssen. Den Haushalt müsse man nun insbesondere wegen der Gründung des Eigenbetriebs und Auslagerung des Abwasserbereichs korrigieren. Der Haushalt 2019 habe nun ein Volumen von etwa 56 Mio. €, nämlich 45 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 11 Mio. € im Vermögenshaushalt. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt liege nun bei 615.000 €. Sofern alle geplanten Maßnahmen zur Ausführung kommen, würden Kredite im Umfang von rund 4,9 Mio. € benötigt. Nachdem keine Anträge zum Nachtragshaushalt eingegangen sind schlage sie vor, zunächst die Überträge formell en bloc zu beschließen.

Sie stellt fest, dass es hiergegen keine Bedenken gibt und richtet an das Gremium die **Abstimmungsfrage, wer den in der Vorlage aufgelisteten Überträgen aus dem Jahr 2018 in einem Volumen von 3.767.000 € zustimmt.**

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Gemeinderat Niebel meldet sich danach zu Wort und gibt die Stellungnahme der CDU-Fraktion bekannt. Zunächst werde er mit dem Positiven anfangen. Seit 2011 bis 2018 habe man keine neuen Kredite aufgenommen, der Schuldenstand liege gegenwärtig bei etwa 14 Mio. €. Bei einer Einwohnerzahl von rund 18.000 ergebe dies eine Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 770 €. Die bisherigen Schulden seien nicht verschwunden, sondern in den Eigenbetrieb „Abwasser“ übergegangen. Positiv zu vermerken sei auf jeden Fall, dass man im achten Jahr keine neuen Schulden aufgenommen hat. Negativ aufgefallen sei die Absicht zu einer Neukreditaufnahme im Nachtragshaushalt in Höhe von 4,9 Mio. €. Wie soeben beschlossen werden im Vermögenshaushalt Projekte im Wert von rund 3,8 Mio. € von 2018 auf die Jahre 2019 bzw. 2020 übertragen. Dies deshalb, weil diverse Projekte wegen Problemen in der Ausschreibung, wegen ungeklärter Zuschussfragen oder wegen der aktuell zu großen Auslastung der Betriebe nicht in Angriff genommen werden können. Der Vermögenshaushalt sei nun mit einem Volumen von 11,3 Mio. € veranschlagt. Hinter diesem Betrag würden sich Großprojekte wie die Außengebietsentwässerung in Berghausen oder Kindergartenprojekte verbergen. Erfreulich sei die Reduzierung der Kreisumlage um 500.000 €, sodass die Höhe der notwendigen Kreditaufnahme gesenkt werden kann. Dringende Maßnahmen müssten schnell in Angriff genommen werden wie beispielsweise die Sanierung der Toiletten in der Schule Berghausen oder die Fenstersanierung in der Grundschule Kleinsteinbach. Zur Deckung des Haushalts müsse man allerdings auf Rücklagen in Höhe von 900.000 € zurückgreifen, sodass am Ende des Jahres nur noch die Pflichtrücklage vorhanden ist. Man gehe davon aus, dass sich der Rücklagenstand auch in den nächsten Jahren nicht erhöhen wird. Aus diesem Grund sollte, wie bereits mehrfach angeregt, die Einkommenssituation der Gemeinde nachhaltig gestärkt werden, denn man führe dem Vermögenshaushalt lediglich 615.000 € zu. Die geplante Nettoinvestitionsrate liege nun bei 585.000 €, umgerechnet auf die Einwohner seien dies 32,50 € pro Kopf. Im Vergleich dazu seien dies 2017 noch 245 € gewesen. Diese Rate sei viel zu niedrig und bedürfe einer deutlichen Verbesserung, wenn man die geplanten Investitionen nicht nur mit Fremdmitteln finanzieren will. Die CDU-Fraktion



stimme dem Nachtragshaushalt zu verbunden mit dem Wunsch, diesen ambitionierten Haushalt auch umzusetzen, damit am Ende des nächsten Jahres nicht erneut eine so große Liste an unfertigen Projekten zur Kenntnis genommen werden muss. Generell sehe es seine Fraktion als notwendig an, die Schuldsituation ganz eng im Blick zu haben und die Einnahmen zu stärken, um handlungsfähig zu bleiben. Dies verstehe seine Fraktion unter einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Gemeinderätin Eisenbusch geht darauf ein, dass der Gemeinderat einmalig einen Doppelhaushalt beschlossen hat. Nach Auffassung ihrer Fraktion könne man gerne wieder auf den Jahreshaushalt zurückkommen, wenn die Doppik eingeführt ist. Man merke bereits in der jetzigen Situation, dass die Überschaubarkeit von zwei Haushaltsjahren schier unmöglich ist. Man müsse also auf den Jahreshaushalt zurückkommen, wenn man halbwegs Punktlandungen haben möchte. Sie verweist darauf, dass man heute wieder Übertragungen in Höhe von rund 3,7 Mio. € beschlossen hat, was nicht zu verhindern war. Früher habe sie sich darüber noch sehr aufgeregt, heute rufe dies nur noch ein Achselzucken hervor. Insofern werde man aus ihrer Sicht die Zahl von 11 Mio. € an geplanten Investitionen erneut relativieren müssen auf vielleicht 6 bis 8 Mio. €. Die Realität hole die Kommune auf jeden Fall wieder ein, wozu sicherlich auch viele Unwägbarkeiten beitragen. Als Beispiel nennt sie die Entwässerung des Bildungszentrums, wo man lange auf den Zuschussbescheid warten musste. Entgegen der Aussage von Gemeinderat Niebel sei sie der Auffassung, dass die Kosten für diese Maßnahme nun im Eigenbetrieb abgewickelt werden.

Herr Sturm informiert, dass nur ein Teilbetrag von rund 500.000 € über den Eigenbetrieb abgewickelt wird. Hierbei handle es sich um die Kanalisationsmaßnahme. Der große Betrag werde allerdings noch über den allgemeinen Haushalt abgewickelt.

Gemeinderätin Eisenbusch macht zusammenfassend deutlich, dass man den geplanten Investitionen mit großer Gelassenheit entgegensehe. Beim Blick auf den Schuldenstand sei festzustellen, dass man mit 5,9 Mio. € beginnen wird, was auch wieder ein großer Betrag ist, der allerdings angesichts der hohen Investitionen verständlich sei. Ihre Fraktion habe keine Anträge zum Nachtragshaushalt gestellt, weil es sich um den beschlossenen Haushalt 2018/2019 handelt. Ihre Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Gemeinderat Dr. Rahn macht deutlich, dass die ULiP den Doppelhaushalt abgelehnt hat. Bei den Übertragungen von 2018 auf 2019 habe man sich enthalten, weil diese zwangsläufig und nicht zu vermeiden sind und außerdem Vorhaben betrafen, die man mitträgt. Übertragungen seien aus seiner Sicht eine ganz normale Sache, wenn Maßnahmen begonnen, aber im Haushaltsjahr nicht abgeschlossen werden können. Die ULiP sei nahe dran, sich auch bei der Entscheidung über den Nachtragshaushalt zu enthalten. Zwei Positionen seien aber sauer aufgestoßen die dazu führen, dass man auch den Nachtrag wieder ablehnen wird. Dies sei einerseits die Maßnahme „Quartiersplatz“ mit einem Betrag von 280.000 €. Dieses Projekt werde aufwendiger gestaltet als eigentlich sinnvoll wäre; die sei in Anbetracht der Finanzlage nicht angemessen. Aus Sicht der ULiP handle es sich um eine Subventionierung der Erschließungsbeiträge, was man nicht mittragen werde. Der zweite Punkt sei der Betrag von 1,55 Mio. € für den Grunderwerb in den Salzwiesen. Dieses Vorhaben lehne man sehr heftig ab; es sei insgesamt der Grund für die gesamte Ablehnung des Nachtragshaushalts.

Gemeinderat Rothweiler lässt wissen, er möchte heute keine Haushaltsrede halten und verweise einzig und allein auf die Verbindlichkeiten der Gemeinde außerhalb des Haushalts. Für das Projekt „Nordumgehung Söllingen“ würden 5,8 Mio. € zum 31.12.2021 fällig werden, hinzu kommen die Maßnahmen am Bahnhof Söllingen mit etwa 10 Mio. € und beim Bahnhof Kleinsteinbach mit etwa 8 – 9 Mio. €. Die Gesamtverschuldung der Gemeinde müsse man im Hinterkopf behalten, wozu auch die Schulden für die Klärwerkssanierung mit 8 – 10 Mio. € zählen würden. In der Gesamtbetrachtung sehe die Situation für die Gemeinde nicht mehr



rosig aus.

Bürgermeisterin Bodner verweist darauf, dass man über die Gesamtsituation eine Beratung haben wird und man auch die Gegenwerte im Vergleich zu den Verbindlichkeiten sehen müsse.

Gemeinderat Hörter merkt an, wenn man vom Doppelhaushalt wieder auf den Einjahreshaushalt zurückgehe, werde der Verschiebepahnhof höher. Beim Einzelhaushalt werde man den Haushalt erst spät im Jahr beschließen können, was nachteilige Auswirkungen auf die Umsetzung haben wird. Der Doppelhaushalt biete den Vorteil, dass man über zwei Jahre planen kann, was besser sei.

Gemeinderat Herb bittet um Erläuterung, welche finanziellen Auswirkungen der Forst hat. Dies sei seiner Fraktion nicht klar gewesen.

Herr Sturm erklärt, dass es im Forstwirtschaftsplan bedingt durch den trockenen Sommer zu vermehrten Ausfällen gekommen ist. Man habe eine Verschlechterung um rund 62.000 € im Ergebnis. Die Verantwortlichen des Forstbetriebs würden im neuen Jahr dieses Thema gesondert beleuchten.

Bürgermeisterin Bodner fügt an, bei der nächsten Waldbegehung würden die Fachleute diese Schäden, verstärkt auch durch den Käferverbiss, aufzeigen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen bestehen, stellt sie dem Gremium folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu, wonach vom Gemeinderat der Nachtragshaushaltsplan und die Nachtragshaushaltssatzung für 2019 beschlossen werden?“

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnen am Kaltenberg" mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen - Genehmigung des Durchführungsvertrags

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Knobloch um den Sachvortrag.

Herr Knobloch macht deutlich, dass der Gemeinderat bereits im Dezember 2016 beschlossen hat, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit der Bezeichnung „Wohnen am Kaltenberg“ aufzustellen. Beim Plangebiet handle es sich um ein Grundstück an der Kaltenbergstraße in Berghausen, das sich zwischen der Karlsruher Straße und der Tannenstraße befindet. Die Planung sehe den Neubau von acht Reihenhäusern durch die Firma Grant-Bau in zwei Gruppen vor. Als Eingangsbauwerk in das Grundstück soll an der Kaltenbergstraße ein Stadthaus als Einfamilienhaus entstehen. Nachdem das Bebauungsplanverfahren nun kurz vor dem Abschluss stehe, soll vor dem Satzungsbeschluss der Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger geschlossen werden. Dies sei im Baugesetzbuch so vorgesehen. Im vorliegenden Fall handle es sich um ein minimales Vertragswerk. Die Gemeinde erhalte vom Vorhabenträger eine Verwaltungskostenpauschale von 10.000 €. Herr Ibele habe für den Vorhabenträger den Vertrag bereits unterzeichnet. Man empfehle dem Gremium, die Bürgermeisterin ebenfalls zur Vertragsunterzeichnung zu ermächtigen.



Gemeinderat Hörter teilt mit, von der CDU-Fraktion sei der Vertrag durchgearbeitet worden. Man sei mit dem Inhalt sehr zufrieden und stimme dem Vertragsabschluss zu.

Gemeinderat Dr. Rahn lässt wissen, dass er dem Vertrag und der Satzung bei der Vorberatung nicht zugestimmt hat. Gegen den Durchführungsvertrag sei an sich nichts einzuwenden. Das Vorhaben sei vom Ursprung her auch in Ordnung, allerdings nicht mehr, seit die Planung der Gebäude deutlich größer und dadurch der Eingriff in die Grünfläche deutlich umfangreicher geworden ist als es sinnvoll wäre. Aus diesem Grund lehne er das Projekt in seiner jetzigen Form ab, die zu groß geraten sei.

Gemeinderätin Klingmüller teilt die Zustimmung der Fraktion der Grünen mit.

Gemeinderätin Schneider meint, es gebe einen kleinen Wermutstropfen, weil die anfängliche Planung mit einer deutlich geringeren Versiegelung besser gefallen hat. Man werde der Unterzeichnung des Durchführungsvertrags trotzdem zustimmen. Sie lässt wissen, dass die im Bebauungsplanverfahren vorgebrachten privaten Einwände, die von der Verwaltung sehr gut abgearbeitet wurden, sehr viel Aufmerksamkeit gebracht hätten. Man habe erkannt, dass die Bebauung einer Grünfläche innerorts auch zu Einschränkungen für die Nachbarschaft führt. Die SPD-Fraktion sei trotzdem für dieses Projekt, weil man einen Wohnraumbedarf sieht und weil sich ihre Fraktion gegen eine Ausweitung der Ortsgrenzen ausspricht. Eine kleinere Bebauung wäre ihrer Fraktion sicherlich lieber gewesen, dennoch stimme man dem Projekt und dem Durchführungsvertrag zu.

Bürgermeisterin Bodner stellt danach folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt dem Abschluss des Durchführungsvertrages zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Wohnen am Kaltenberg“ mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen, und der Ermächtigung der Bürgermeisterin zur Unterzeichnung zu?“

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

- 10. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Wohnen am Kaltenberg" mit Vorhaben- und Erschließungsplan, OT Berghausen**
- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
- Beratung und Entscheidung

Bürgermeisterin Bodner bittet Herrn Knobloch um den Sachvortrag.

Herr Knobloch projiziert einen Übersichtsplan mit den Außenanlagen des Projekts auf die Leinwand und meint, daraus sei die Planung mit den Baukörpern und der Grünfläche gut zu ersehen. Zum Verfahren sei zu sagen, dass man sicherlich mehr als ein Jahr hinter der angepeilten Zeitschiene liegt. Man habe das Projekt bereits im September 2017 zur Planreife bringen wollen, was aus verschiedenen Gründen nicht gelungen sei. Er verweist darauf, dass die Vorarbeiten zu den Bebauungsplänen deutlich zugenommen haben. Während früher ein Bebauungsplan etwa 15 Seiten Umfang hatte, sei man inzwischen bei 140 Seiten und mehr angelangt. Die Verwaltung habe sich bei der Abhandlung der vorgebrachten Einwendungen sehr viel Mühe gegeben. Die Rechtslage sei allerdings manchmal anders als das subjektive Empfinden. In der Zukunft werde das Thema „Lärm“ sicherlich an Gewicht zulegen, dies werde das Thema der Zukunft sein. Nachdem alle Eingaben sauber abgearbeitet seien, könne nun das Planwerk als Satzung beschlossen werden.



Gemeinderat Hörter teilt mit, seine Fraktion habe die Vorlage durchgearbeitet. Das Bebauungsplanverfahren habe sich lange hingezogen. Man finde es gut, dass man letztlich einen guten Kompromiss gefunden hat und eine Nachverdichtung zustande kommt, weil man auch gehalten sei, ein besseres Wohnraumangebot vorzuhalten.

Bürgermeisterin Bodner stellt folgende Abstimmungsfrage:

„**Wer spricht sich für die Annahme des Beschlussvorschlages der Verwaltung aus:**

1. **Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Entwurf des Bebauungsplans abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Synopse der Verwaltung vom 08.10.2018 berücksichtigt bzw. bleiben unberücksichtigt.**
2. **Der vorhabenbezogene Bebauungsplan in der Fassung vom 04.12.2017 / 29.10.2018 - 03 bzw. 08.10.2018 mit Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 6 – 11) und Freiflächenplan (Anlage 5) wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen.**
3. **Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 08.10.2018 werden nach § 74 Landesbauordnung (LBO) i. V. m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.**

Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

11. Energiebericht 2017

Bürgermeisterin Bodner begrüßt zu diesem Thema den Facility-Manager der Gemeindeverwaltung, Herrn Zöller, und bittet um den Sachvortrag.

Herr Zöller informiert, die Gemeinde betreibe seit 2009 das Kommunale Energiemanagement. Zu diesem Zweck habe man mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) einen Vertrag geschlossen. Im Auftrag der KEA habe das Institut für Sozial- und Umweltforschung Dr. Kleinmann GmbH die Begehungen der Liegenschaften vor Ort durchgeführt. Nachdem der Vertrag Ende 2015 ausgelaufen sei, betreue er diesen Prozess. Heute habe er dem Gremium die Ergebnisse aus dem Jahr 2017 vorzustellen. Er macht deutlich, dass die Werte aus dem Jahr 2009 vor der Einführung des Kommunalen Energiemanagements die Ausgangslage darstellen, damit man einen Vergleich zu den heutigen Ergebnissen hat. Gegenüber diesen Werten konnten 2017 weitere Einsparungen in Höhe von 114.220 € erzielt werden. So sei beim Wärmeverbrauch 2017 der Index leicht um einen Punkt auf 80 angestiegen. Der Stromverbrauch sei konstant geblieben bei einem Index von 84 Punkten trotz der ganzen Nutzungserweiterung in Kindergärten und Schulen. Dies hänge auch damit zusammen, dass man sehr viele Beleuchtungssanierungen durchgeführt hat. Beim Wasserverbrauch sei der Indexwert von zuvor 51 auf 48 gesunken. Insofern schaue das Ergebnis der Energieverbräuche gut aus. Aus der grafischen Darstellung des Wärmeverbrauchs sei zu ersehen, dass der Verbrauch seit 2011 fast gleichgeblieben ist. Es gebe in diesen Jahren nur einen kleinen Ausreißer nach unten, und zwar im Jahr 2013 nach dem Wasserschaden im Bildungszentrum. Im gleichen Jahr sei analog dazu natürlich der Stromverbrauch zur Trocknung nach oben gegangen. Er bezeichne die Entwicklung beim Stromverbrauch als sehr erfreulich, auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Kurve bei den meisten Gemeinden nach oben gegangen sei. Obwohl in Pfinztal immer mehr elektrische Geräte in Gebrauch sind, sei die Kurve nach unten gegangen. Sein Ziel sei es, den Stromverbrauch noch weiter abzusenken, wobei die Beleuchtung einen wichtigen Hebel darstelle. Für die Jahre 2018 und 2019 seien weitere Maßnahmen geplant. Bei der Beleuchtungssanierung



gebe es Zuschüsse in der Höhe von 30 – 40 %. Bisher habe man Zuschüsse in Höhe von ca. 165.000 € beantragt. Beim Wasserverbrauch sei die Entwicklung seit 2012 in etwa gleich. In den letzten beiden Jahren sei der Verbrauch allerdings etwas angestiegen. Grund hierfür könnte sein, dass man Leckagen an den Leitungen lange Zeit nicht sieht. Die Feststellung von Leckagen sei sehr schwierig. Manchmal dauere es ein bis zwei Monate, bis solche Leckagen festgestellt werden. Er plane deshalb den Einbau elektronischer Zähler, die automatisch mitteilen, wenn sich am Verbrauch etwas ändert. Mit diesen Zählern könne sicherlich der Verbrauch weiter gesenkt werden. Die Anschaffung dieser Zähler verursache allerdings einige Kosten. Aus der grafischen Darstellung der CO₂-Emissionen sei zu ersehen, dass der Ausstoß im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht gesunken ist. Beim Stromverbrauch habe man eigentlich gar keinen Ausstoß, weil die Gemeinde Ökostrom aus skandinavischen Wasserkraftanlagen bezieht. Um einen Vergleich zu ermöglichen, habe er deshalb die Referenzwerte der Energieversorgungsunternehmen genommen. Aus dem Schaubild mit den Gesamtkosteneinsparungen sei zu ersehen, dass 2017 im Vergleich zu 2009 Einsparungen von 114.220 € erzielt wurden. Er gehe davon aus, dass im nächsten Bericht sich die Gesamteinsparungen erstmals über dem Betrag von 1 Mio. € bewegen. Diverse Beleuchtungssanierungen würden bei den durchgeführten Maßnahmen überwiegen. Daneben sei der Bauhof saniert worden. Beim nächsten Bericht werde man bereits erfahren können, welche Einsparungen damit verbunden sind. Er habe sich bereits informiert und festgestellt, dass die Einsparungen in einer Größenordnung von 50 % liegen. Da im Bauhof nun mit Pellets geheizt wird, werde gleichzeitig auch der CO₂-Wert gesenkt. Als interessant bezeichnet er auch die Entwicklung bei der Friedhofskapelle Wöschbach, die im Frühjahr eingeweiht wurde. Gespannt sei er auch auf das Ergebnis für die Grundschule nach der durchgeführten energetischen Sanierung.

Bei den geplanten Maßnahmen hätten die Beleuchtungssanierungen erneut Vorrang, weil hier Förderungen zu erhalten seien bis zu 40 %. Geplant sei dies beispielsweise in den Friedhöfen Kleinsteinbach und Söllingen, nachdem die Richtlinien nun auch eine Förderung von Sakralgebäuden zulassen. Zudem sei erwähnenswert, dass sich zum Beispiel die Kosten der Beleuchtungssanierung in der Räuchle-Halle von 87.000 € in vier Jahren amortisieren werden. Zum Schluss könne er feststellen, dass das Energiemanagement wiederum erfolgreich war und man die Energieverbräuche niedrig halten konnte. Man befinde sich auf einem guten Weg, die Verbräuche noch weiter senken zu können.

Gemeinderat Kunzmann bittet um Beantwortung von drei Fragen vor der eigentlichen Stellungnahme zum Energiebericht. Die erste Frage betreffe die Schlossgartenschule in Berghausen. Man wolle wissen, ob diese Schule eine eigenständige Heizung hat oder an die Anlage im Bildungszentrum angeschlossen ist. Hintergrund sei die Information aus verlässlicher Quelle, dass die Klassenzimmer regelmäßig überhitzt sind und eine Regulierung im Zimmer nicht möglich ist. Als einzige Regulierungsmöglichkeit bestehe die Möglichkeit, die Wärme und damit die erzeugte Energie aus dem Fenster entweichen zu lassen. Eine individuelle Heizungssteuerung sei nicht vorhanden. Falls eine eigene Heizung bestehe seien folgende Fragen angebracht:

- Wie alt ist die Heizung?
- Wann ist eine Modernisierung geplant?
- Kann entsprechend und kurzfristig nachgebessert werden?

Falls die Schlossgartenschule an die moderne Heizung des Bildungszentrums angeschlossen ist, würden sich folgende Fragen ergeben:

- Wird die zentrale Anlage falsch gesteuert?
- Ist dort eine technische Änderung notwendig?
- Gibt es auch in diesem Heizungsbereich das Phänomen überhitzter Klassenzimmer?

Ein dringender Handlungsbedarf sei auf jeden Fall geboten. Falls noch nichts in Planung sei, sollte dies unmittelbar geschehen. Wenn dies eine größere Maßnahme sein sollte sei seine Fraktion gerne bereit, im Jahr 2019 einer außerordentlichen Ausgabe zuzustimmen.



Herr Zöllner informiert, die Schule sei an das Nahwärmesystem angeschlossen, man könne einfach das Thermostatventil nach unten drehen. Neu sei ihm die Information, dass die Klassenzimmer überhitzt sind. Wenn solche Informationen auftauchen, sollten diese ihm zugeleitet werden. Am Heizkörper selber könne man keine Einstellung vornehmen.

Gemeinderat Kunzmann erklärt, die nächsten Fragen betreffen das Gebäude der Mensa. Es werde berichtet, dass es dort fingerdicke Schlitze bei geschlossenem Zustand der Fenster gibt. Folgende Fragen ergeben sich daraus:

- Wie kann das nach zehn Jahren sein?
- Wurde dies überprüft und als Sachmangel weitergeleitet?
- Wann wurde der Mangel behoben?

Seine Fraktion wolle diesen Mangel schnellstmöglich behoben wissen.

Herr Zöllner antwortet, der Mangel sei bereits in der vergangenen Woche behoben worden. Die Lüftungsanlage der Mensa erzeuge einen solchen Unterdruck, dass die kalte Luft durch die Schlitze an den Türen in den Innenraum dringt. Die Türen seien inzwischen ausgetauscht worden.

Gemeinderat Kunzmann erklärt, man habe nichts im Bericht über die Objekte der Kommunalen Wohnbau gelesen. Die Frage stelle sich, ob diese Objekte nicht erfasst oder nicht auf gleiche Weise überprüft werden. Man wisse über Diskussionen im Gremium bezüglich überhöhter Verbräuche in Obdachlosenunterkünften. Also scheine es Überprüfungen zu geben. Man wolle aber wissen, ob solche Überprüfungen systematisch und regelmäßig stattfinden. Falls nicht, müsse dies aus denselben Gründen wie bei den restlichen öffentlichen Gebäuden stattfinden.

Herr Zöllner informiert, die Verbräuche seien erfasst, die Objekte würden allerdings von ihm nicht betreut.

Gemeinderat Kunzmann hält es für erforderlich, dass für diese Gebäude eine ähnliche Systematik geschaffen wird.

Herr Knobloch weist auf die Problematik hin, dass in manchen dieser Objekte festgestellt wurde, dass im Winter die Haustür ständig geöffnet ist und die Energie entweichen kann. Hier stelle sich nicht die Frage, ob die Gebäude gut gedämmt sind, es gehe hier um den Umgang der Mieter im Mietobjekt.

Gemeinderat Kunzmann bestätigt, dass manchmal tatsächlich unmögliche Zustände herrschen. Zum eigentlichen Energiebericht gebühre Herrn Zöllner und dem gesamten Arbeitsbereich des Facilitymanagements Lob und Dank für die umfassende Arbeit und Darstellung. Er hoffe nur, dass die akribische Protokollierung hauptsächlich für die Verbrauchsüberwachung und Planung sowieso notwendig ist und dieses nicht nur allein als Vortrag für den Gemeinderat entstehen muss. Dann wäre es nämlich schade um die Zeit, die verloren geht, um auf diesem Gebiet noch besser zu werden. Die nachfolgenden Wünsche sollten auch in diesem Licht gesehen werden. Man könne kaum abschätzen, welcher Zeitaufwand dafür zusätzlich nötig wird. Sollte in dieser Hinsicht manches wegen relativ hohen Zeitaufwandes nicht leistbar sein, so möge man dies sagen. Denn die Betreuung, Überwachung und Optimierung der Anlagen halte man für wichtiger.

Seite 4: „Erläuterungen zu den Ergebnissen“

Der „unmerklich“ gestiegene Stromverbrauch wird mit vielen Kleinmaßnahmen, aber auch mit der Beleuchtungssanierung begründet. Dies könne nicht sein, stellen die Gemeinde doch auf die kostengünstigere LED-Beleuchtung um. Bei optimierten Voraussetzungen den Stand annähernd zu halten, sei auch ein gutes Ergebnis.

Nach dem außerordentlichen Wasserverbrauch des vergangenen Jahres sei es nur logisch, im Jahr 2017 weniger Wasser zu verbrauchen. Tatsächlich sei der Verbrauch aber weiter zurückge-



gangen, als im Jahr 2016 angestiegen, weshalb auch dieser Rückgang erfreulich sei. Wichtig seien gute Hausmeister, wo vorhanden, seien diese eigenverantwortlich einzubinden. Hierauf lege seine Fraktion großen Wert.

Seite 7: „Nächste Schritte“

Die Frage stelle sich, wer diese Detailuntersuchungen durchführen soll und ob eigenes Personal bzw. eigenes Fachwissen ausreicht oder auf Fremdfirmen zugegriffen werden muss. Falls ja sollte kurz eine grobe Kosten-/Nutzeneinschätzung erfolgen, um Prioritäten festlegen zu können. Seine Fraktion heiße es gut, wenn die Beleuchtungserneuerung in Richtung LED weitergeführt wird.

Seite 8 - 9: „Verbrauchsentwicklung“

Es werden sich die öffentlichen Objekte vermehren. Deshalb soll es Ziel sein, sich mit den Verbräuchen innerhalb der Balken der jeweiligen Maßeinheit zu bewegen. Vor diesem Hintergrund sei auch bei Gleichstand oder geringem Mehrverbrauch eine gute Zielerfüllung gegeben.

Seite 10: „Entwicklung der Verbräuche zur Gesamtfläche“

Der Wasserverbrauch erscheine im Gesamten noch optimierbar zu sein. Man bitte, an dieser Sache dranzubleiben.

Seite 16 – 17: „Jährliche Energieeinsparung“

Das insgesamt sehr positive Ergebnis sollte Ansporn sein, so weiterzumachen.

Seite 18: „Wärmekennwerte“

Nach wie vor falle nach dem Bauhof die DRK-Bereitschaft Berghausen als „Wärmefresser“ auf. Die im letzten Jahr genannten Gründe hierfür seien die Wärmespeicher-Elektroöfen gewesen. Der Verbrauch sei weiter angestiegen. Während aber beim Bauhof das beheizte Volumen ausgedehnt wurde, aber pro Quadratmeter erheblich günstiger wurde, blieb beim DRK technisch zwar alles beim Alten, allerdings sei die Nutzung intensiviert worden. Die holländischen Freunde dürften allerdings nicht so oft in Pfinztal sein, mit deren Besuchen argumentiert wird. Für die SPD-Fraktion wäre die Verabschiedung von der veralteten Technik wünschenswert.

Seite 22:

„Realschule Berghausen“:

Angesprochen wird eine defekte Beleuchtung für welche es keine Ersatzteile mehr gibt. Dieser Mangel soll mittelfristig behoben werden. Wir denken, dass hier nicht nur in Richtung Energieeinsparungspotential, sondern hauptsächlich auch an den Faktor „Arbeitsplatz Schule“ gedacht werden muss. Zu wenig oder zu schlechtes Licht geht gar nicht, deshalb ist diese Beleuchtung dringend zu ersetzen; nicht erst 2021 wie in den Maßnahmenempfehlungen vorgesehen. Wir sollten im Jahr 2019 zumindest alles vorbereiten, dass Anfang des Jahres 2020 umgesetzt werden kann.

Seite 34: „Bildungszentrum – Gesamtkosten“

Die Kosten für Wärme liegen wieder deutlich über den der letzten drei Jahre und das obwohl energetisch saniert wurde. Es stelle sich die Frage, ob dies immer noch mit der Ausheizung der Überschwemmungsnässe begründet wird. Die Stromkosten seien nach einem deutlichen Anstieg im letzten Jahr wieder nach unten gegangen. Insgesamt betrachtet würden die Stromkosten nach einem eklatanten Anstieg im Jahr 2013 eine Wellenlinie bilden. Es müsse versucht werden, wieder deutlich unter die 80.000 €-Grenze zu kommen. 2012 sei man schon bei 70.000 € gewesen. Beim Wasser sei man wieder bei einem erfreulich niedrigen Wert.

Seite 72 – 73: „Grundschule Kleinsteinbach“

Die SPD-Fraktion wünsche im Gebädetrakt, in welchem das „Pfinzi-Haus“ untergebracht ist, weitere Überlegungen, beispielsweise mit einzeln zu steuernden Heizungsreglern in den Klassenzimmern, damit bei Belegung eines Raumes nicht drei weitere Räume kleinkindgerecht mitgeheizt werden müssen. Vielleicht erübrigt sich aber solches, in dem durch die zu erwartende durchgängige Zweizügigkeit der Grundschule das „Pfinzihaus“ verlagert werden muss.



„Maßnahmenempfehlungen“:

Wie erwähnt will seine Fraktion die Beleuchtungserneuerung in der Realschule Berghausen zeitlich vorziehen. Die weiteren Empfehlungen wolle man gerne angehen, diese seien häufig im Haushalt bereits beziffert. Sie würden nicht nur der Erhaltung der öffentlichen Gebäude dienen, sondern langfristig auch deren Unterhaltungskosten reduzieren.

Resümee:

Insgesamt gesehen ist die Gemeinde mit diesem Management auf dem absolut richtigen Weg. Es gelte weiterzumachen und nicht nachzulassen, auch nicht, wenn es personelle Änderungen im Umwelt- und Gartenamt gibt. Immer wieder müsse geprüft werden, ob es sinnvolle Möglichkeiten der Optimierung und ob es neue technische Entwicklungen gibt, die ein Umdenken veranlassen könnten. Es müsse das Ansinnen sein, Mensch und Technik auf der Höhe der Zeit zu halten, da man nur so die geschaffenen Werte erhalten könne. Es mache keinen Sinn, einerseits Sparweltmeister zu werden und eine schwarze Null zu schreiben, andererseits aber alles verlottern zu lassen und damit die Werte zu vernichten. Denn die Funktionalität, das Wohlfühlen in einer Gemeinde, die soziale Entwicklung der Bewohner und auch jedes Einzelnen würden sich nicht zuletzt am Funktionieren der öffentlichen Einrichtungen bzw. Gebäude auswirken. Insbesondere Einrichtungen für Kinder in Ordnung und funktional zu halten, wirke auch mit in das soziale Verhalten einer Gesellschaft. Andernorts müsse man erkennen, dass eine verlotterte Umwelt auch den Charakter der Menschen verlottern und verrohen lässt. Eine solche Richtung verhindere man durch funktionierendes Facilitymanagement. Hierfür vielen Dank für die Arbeit.

Gemeinderat Kirchenbauer lässt wissen, er wolle an den Anfang seiner Stellungnahme einige Fragen stellen, die bei der Studie des Energieberichts aufgefallen sind. Man habe festgestellt, dass der Stromverbrauch im Bauhof rückläufig ist. Er wolle wissen, ob dies bereits mit der Sanierung zusammenhängt.

Herr Zöllner bestätigt dies und informiert, dass man bereits vorher LED-Leuchten verbaut hatte.

Gemeinderat Kirchenbauer spricht den Wasserverbrauch im Feuerwehrhaus Berghausen an, der sich verdreifacht habe. Er will wissen, was die Ursache hierfür war.

Herr Zöllner erklärt, ein defektes Überdruckventil sei der Auslöser gewesen. Leider sei der Defekt erst spät bemerkt worden. Aus diesem Grund sollen in Zukunft Zähler eingebaut werden, die den Verbrauch digital mitteilen.

Gemeinderat Kirchenbauer verweist weiter darauf, dass der Wasserverbrauch an der Grundschule Kleinsteinbach ebenfalls überproportional nach oben gegangen ist.

Herr Zöllner erläutert, hier sei ein Defekt an der Heizanlage der Grund für den hohen Wasserverbrauch gewesen.

Gemeinderat Kirchenbauer macht darauf aufmerksam, dass Nachtspeicheröfen als Wärmefresser Nr. 1 gelten. Solche Heizungen gebe es noch bei der DRK-Bereitschaft in Berghausen sowie in den Friedhofskapellen Berghausen und Söllingen. Er will wissen, ob es Überlegungen für eine Veränderung in diesen Gebäuden hin zu einer modernen Heizanlage gibt.

Herr Zöllner meint, in der Friedhofskapelle Kleinsteinbach habe man Infrarotstrahler eingebaut und dadurch 2017 einen geringen Verbrauch gehabt. Vor diesem Hintergrund bestehe die Überlegung, in den anderen Friedhofskapellen ebenfalls solche Anlagen einzubauen.

Gemeinderat Kirchenbauer spricht den gestiegenen Energieverbrauch im Bildungszentrum an und will wissen, ob dies eine Folge der Überschwemmung durch die eingesetzten Bau-



trockner sei.

Herr Zöller bejaht dies. Er macht deutlich, dass durch die Bautrockner der Stromverbrauch sichtlich nach oben getrieben wurde und man trotzdem den durchschnittlichen Verbrauch der letzten Jahre eingehalten hat. Man sollte 2018 hier eine Einsparung erzielen.

Gemeinderat Kirchenbauer spricht die verschiedenen Contractingverfahren an und meint, hierzu habe es keine Informationen gegeben. Er will wissen, ob Informationen noch erteilt werden.

Herr Zöller berichtet, in Söllingen sei das Energieeinsparcontracting seit September 2018 ausgelaufen. Die Anlage laufe mittlerweile im Besitz der Gemeinde, die Wartungsverträge seien auf die Gemeinde übergegangen, die Anlage werde von ihm betreut. Im nächsten Energiebericht sollten die erfassten Daten enthalten sein. Bei diesem Objekt könnten sicherlich weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Energieverbrauchs vorgenommen werden. Beim Bildungszentrum laufe der Wärmeliefervertrag im Contracting noch bis 2026.

Gemeinderat Kirchenbauer spricht von einer Fleißarbeit, die Herr Zöller geleistet habe, und bedankt sich dafür. Für wichtig halte er regelmäßige Kontrollen in den Objekten, damit der eingeschlagene Weg erfolgreich weitergegangen werden kann. Dies habe in der Vergangenheit durch die Hausmeister nicht einwandfrei funktioniert. Durch diese regelmäßigen Kontrollen und die automatischen Ablesungen sei man auf Schwachstellen gestoßen, die man behoben hat. Außerdem sollte man ein Auge darauf haben, welche weiteren Maßnahmen möglich sind, um Verbesserungen zu erreichen. Nicht erforderlich sei es, dass für jede Maßnahme eine Förderung erreicht wird; auch nicht förderfähige Maßnahmen seien wichtig. Er könne sich vorstellen, weitere Objekte beispielsweise an die Hackschnitzelheizungen anzuschließen. Überlegt werden könnte auch, Dritte an diese Heizungen anzuschließen wie zum Beispiel in Söllingen das Emil-Frommel-Haus.

Gemeinderat Herb bedankt sich für die Fragen und Anregungen der beiden Vorredner. Das Spannende an der heutigen Sitzung seien zwei Punkte mit Vorlagen von 140 und 118 Seiten Umfang. Spannend sei auch die Tatsache, dass man den Energiebericht elektronisch erhalten hat. Er habe sich bewusst an die papierlose Version gehalten, was sogar Spaß gemacht hat, und freue sich auf weitere Sitzungsunterlagen in dieser Form. Der Aufbau des Energieberichts sei sehr gut gemacht, teilweise habe man sogar erreicht, dass eine Liegenschaft auf einer DIN-A 4 Seite untergebracht werden konnte. Im Bericht werde zur Schlossgartenschule ausgesagt, dass die Haustechnik einen unbefriedigenden Zustand aufweist, obwohl es bereits Sanierungen gegeben hat. Diesbezüglich wünsche man dem Facilitymanager viel Erfolg. Wichtiges Ergebnis des Berichts sei die erzielte Einsparung für 2017 mit 114.000 € gegenüber 2009. Für erwähnenswert halte er auch die Tatsache, dass oftmals mit wenig Geld etwas realisiert und verbessert werden kann. Beispielsweise bekomme man es hin, mit etwa 7.000 € Fenster im Rechnungsamt und Umweltamt abzudichten. Auch er meint, dass man mit regelmäßigen Kontrollmaßnahmen den richtigen Weg beschreitet. Allein das Ergebnis, dass man seit 2009 beim Wärmeverbrauch Einsparungen von 21 %, beim Wasserverbrauch von 27 % und beim Stromverbrauch von 19 % erzielt hat lasse erkennen, dass es sich gelohnt hat. Die Fraktion der Grünen sei mit dem Bericht einverstanden und mit der Arbeit zufrieden.

Gemeinderat Dr. Rahn meint, die berichtete Entwicklung sei sehr erfreulich, die Verwaltung sollte an diesem Thema dranbleiben. Er äußert die Bitte den Energiebericht möglichst zeitnäher vorzulegen und bedankt sich für die geleistete Arbeit und die erfreuliche Entwicklung.

Bürgermeisterin Bodner fasst als Beratungsergebnis abschließend zusammen, dass der Energiebericht zustimmend zur Kenntnis genommen wird.



Beschluss:

12. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage mit der Auflistung der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse. Sie will wissen, ob ein Vorlesen gewünscht ist. Nachdem dies nicht der Fall ist stellt sie fest, dass die Beschlüsse damit als öffentlich bekanntgegeben gelten.

13. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner teilt mit, dass es von ihrer Seite keine Mitteilungen gibt.

14. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Bürgermeisterin Bodner stellt auf Anfrage fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

15. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Michelberger bezieht sich auf die Äußerungen von Gemeinderat Kunzmann zur Förderung der Vereine durch die Gemeinde und dankt im Namen des ATSV Kleinsteinbach und aller Pfinztaler Vereine für die finanzielle Unterstützung und die gute Zusammenarbeit. Er sei der Meinung, dass alle Ehrenamtlichen in Pfinztal ihre Aufgaben gewissenhaft wahrnehmen.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Bürgermeisterin

Gemeinderat Kunzmann

Roland Härer

Nicola Bodner

Gemeinderat Dr. Vogel

